

Ertüchtigung der 110-kV-Leitung Abzweig Erkner (HT2026) – Mast 58n bis Mast 11E/17E

Antrag auf Genehmigung gemäß den
Bestimmungen der Verordnung über das
Landschaftsschutzgebiet
„Müggelspree-Löcknitzer Wald- und Seengebiet“

Erstellt im Auftrag:
E.DIS Netz GmbH
Langewahler Straße 60
15517 Fürstenwalde/Spree

e.dis



FROELICH & SPORBECK
UMWELTPLANUNG UND BERATUNG

Verfasser	FROELICH & SPORBECK GmbH & Co. KG
Adresse	Niederlassung Potsdam
	Tuchmacherstraße 47
	14482 Potsdam
Kontakt	T +49.331.70179-0
	F +49.331.70179-19
	potsdam@fsumwelt.de
	www.froelich-sporbeck.de

Projekt	
Projekt-Nr.	BB-203002
Status	Endfassung V2
Datum	11.11.2020

Bearbeitung	
Projektleitung	Dipl. Ing. Hanka Weidenmüller
Bearbeiter/in	Dipl. Ing. Hanka Weidenmüller
	M.Sc. Geogr. Fabian Gerigk
Freigegeben durch	Dipl. Geoökol. Frank Glaßer (Geschäftsführer)



Inhaltsverzeichnis		Seite
1	Veranlassung und Zielstellung	4
2	Antragsgegenstand	4
3	Konflikte mit dem Schutzzweck der Verordnung über das LSG „Müggelspree-Löcknitzer Wald- und Seengebiet“	5
4	Konflikte mit den Verboten und/oder Genehmigungsvorbehalten der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Müggelspree-Löcknitzer Wald- und Seengebiet“	11
5	Voraussetzungen für eine Genehmigung	11

Tabellenverzeichnis		Seite
Tab. 1:	Bewertung der Betroffenheit des Schutzzweckes durch das geplante Vorhaben	6



1 Veranlassung und Zielstellung

Im Rahmen der Modernisierung des Leitungsnetzes der E.DIS Netz GmbH ist die 110-kV-Leitung Abzweig Erkner (HT2026) im Landkreis Oder-Spree (Brandenburg) vom Anschlusspunkt in Hartmannsdorf (Maste 57 und 58 der 110-kV-Freileitung Storkow-Niederlehme-Wildau 1 (HT2024)) bis einschließlich Mast 11E sowie Mast 17E zu ertüchtigen.

Die vorliegende Unterlage bezieht sich auf den ca. 4,4 km langen Abschnitt zwischen Mast 57 und 58 der Hauptleitung Fürstenwalde-Wildau und den Abzweig Erkner von Mast 57 bzw. 58 bis Mast 17E. Der Freileitungsabschnitt von Mast 18E bis UW Erkner bleibt erhalten und ist nicht Bestandteil dieser Unterlage. Die Ertüchtigung erfolgt auf der alten Trasse, wobei die Maststandorte weitestgehend erhalten bleiben.

Das Vorhaben liegt zum großen Teil innerhalb des Landschaftsschutzgebietes (LSG) „Müggespree-Löcknitzer Wald- und Seengebiet“ (LSG-2048). Entsprechend der Schutzgebietsverordnung vom 06.11.2006, zuletzt geändert durch Artikel 31 der Verordnung vom 29. Januar 2014, ist für die Durchführung des Vorhabens eine Genehmigung erforderlich, die die zuständige Naturschutzbehörde erteilen kann (vgl. § 7 der Schutzgebietsverordnung).

2 Antragsgegenstand

Die 110-kV-Leitung Abzweig Erkner (HT2026) besitzt eine Länge von ca. 8,5 km und beinhaltet 34 Masten. Im zu betrachtenden Abschnitt zwischen Hartmannsdorf und Steinfurt auf einer Länge von ca. 4,4 km umfasst das Vorhaben die Erneuerung von 12 Masten (58n, 2En bis 11E, 17E) sowie den Rückbau von 7 Masten (58, 1E, 12E bis 16E). Dabei liegen die Maststandorte 58 und 1E außerhalb der Schutzgebietskulisse.

Im Abschnitt der Maste 57 bis 58, anteilig 59, erfolgt die Auflegung eines zweiten Leiterseilsystems. Die bestehende Freileitung zwischen Mast 57 und 2E sowie Mast 58 bis 2E wird zurückgebaut. Neu vorgesehen ist eine unterirdische 2-systemige Kabelverbindung (ca. 430 m Länge) vom neuen Kabelabzweigmast 58n bis zum neuen Kabelendmast 2En (siehe Abbildung 2). Der Ertüchtigungsabschnitt reicht anschließend bis Mast 11E. Die Maste 12E bis 16E werden nicht ertüchtigt. Um die Kabelverbindung zu dem in Planung befindlichen UW Freienbrink zu realisieren, müssen die Masten 11E und 17E als Kabelendmasten geplant werden. Diese Kabelverbindung und die Errichtung des UW Freienbrink sind nicht Gegenstand dieser Unterlage. Nach Inbetriebnahme der vorgenannten Kabelverbindungen von Mast 11E und 17E kann der vollständige Rückbau der Freileitung zwischen Mast 11E und 17E erfolgen.

Die künftigen Masthöhen betragen nach den Erfordernissen des jeweiligen Standortes zwischen 22,85 m und 28,14 m (Mastspitze). Die Kabelendmasten haben eine Höhe von ca. 26 bzw. 28 m (Mastspitze). Sie sind somit zwischen mehrere Meter (zwischen 1,35 m bis 5,35 m; Kabelendmaste zwischen 4,64 m bis 10,14 m) höher als die alten Masten. Eine Ausnahme bildet Mast 8E, bei dem eine Reduzierung um 2,65 m stattfindet.

Während der Bauphase kann die Leitung nicht außer Betrieb genommen werden. Zur Aufrechterhaltung der Stromversorgung ist es notwendig provisorische Mastgestänge aufzustellen, auf denen die vorhandene Beseilung aufgelegt wird. Die Höhe der Provisorien liegt unter der Höhe der alten Bestandsmasten.



Die alten Maste und Fundamente werden entfernt und fachgerecht entsorgt. Für die neu zu errichtenden Masten sind Platten- bzw. Pfahlgründungen vorgesehen (Abmessungen i.d.R. ca. 9,60 m x 9,60 m, Tiefe 1,50 m).

Der Arbeitsablauf bei der Errichtung der Freileitung sieht zunächst die Gründungsarbeiten zur Erstellung der Mastfundamente einschließlich des Mastfußes vor. Anschließend werden die Mastoberteile vormontiert und zum kompletten Mast zusammengesetzt. Bei Plattenfundamenten wird eine Baugrube ausgehoben und die unterirdische Betongründung erstellt. Nach der Montage der Masten erfolgt die Auflegung der Erd- und Leiterseile.

An den Standorten der Tragmaste wird jeweils eine Arbeitsfläche für die Vormontage und das Stellen der Maste benötigt. Im Bereich der Winkelmaste werden sogenannte Trommel- bzw. Windenplätze benötigt, die den Ausgangspunkt der Seilzugarbeiten bilden.

Die Montagearbeiten für die Freileitung erfolgen für die Errichtung der Provisorien, die Demontage der Bestandmasten, die Gründung, die Masterrichtung und Beseilung weitestgehend gewerkeweise durch „Wanderbaustellen“, d.h. die einzelnen Gewerke des Leitungsbauers (Provisorium, Gründung, Mastmontage, Seilzug) werden nacheinander durchgeführt. Für jedes dieser Gewerke ergeben sich an einem Standort bzw. Abspannabschnitt (Abschnitt zwischen 2 Abspannmasten) nur Bauzeiten von wenigen Tagen. Dabei kann an mehreren Maststandorten gleichzeitig gearbeitet werden. Die Teilverkabelung wird in zwei aufeinander aufbauende Phasen unterteilt. In der ersten Bauphase „Tiefbau-Kabelschutzrohranlage“ erfolgt die Fertigstellung der Kabelschutzrohranlage für ein 2-systemiges 110-kV-Kabelsystem. Nach Fertigstellung der Kabelschutzrohranlage und der Masten 58n und 2En, werden in der zweiten Bauphase „Kabelsystem“ die Einzelleiter auf der Streckenführung in die Schutzrohre eingezogen sowie die elektrotechnischen Montagen durchgeführt.

Die Zuwegungen zur Baustelle erfolgen soweit möglich über öffentliche (klassifizierte) Straßen, Feld- und Waldwege. Wo dies nicht möglich ist, werden vorhandene Fahrspuren genutzt oder es erfolgen Anfahrten über landwirtschaftliche Nutzflächen. Wenn erforderlich, werden bauzeitliche Anfahrtswege und Arbeitsflächen mit Baggermatten temporär befestigt. Diese werden nach Fertigstellung der Baumaßnahme wieder zurückgebaut, so dass nur eine kurzzeitige Beeinträchtigung auftritt und die Bodenverdichtung minimiert wird (ggf. Bodenlockerungen im Nachgang). An den Maststandorten 6E und 8E ist eine temporäre Grabenüberfahrt zu errichten und nach Bauende zurückzubauen.

Eine ausführliche Vorhabensbeschreibung ist der Unterlage des Landschaftspflegerischen Begleitplans zu entnehmen.

3 Konflikte mit dem Schutzzweck der Verordnung über das LSG „Müggelspree-Löcknitzer Wald- und Seengebiet“

Nachfolgend wird dargelegt, inwiefern das Vorhaben den in der Verordnung benannten Schutzzwecken nach § 3 widerspricht. Tabelle 1 stellt hierfür den Kerninhalten der jeweiligen Schutzzwecke die Bewertung der Betroffenheit durch das geplante Vorhaben (insbesondere einhergehend mit baubedingter Flächeninanspruchnahme) gegenüber.



Tab. 1: Bewertung der Betroffenheit des Schutzzweckes durch das geplante Vorhaben

Schutzzwecke nach § 3 der Verordnung zum LSG	Prüfung der Betroffenheit durch das geplante Vorhaben und Bewertung der Auswirkungen
<p>§ 3 Nr. 1a-g: „[...] „die Erhaltung oder Wiederherstellung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes, insbesondere</p> <p>a. der Lebensraumfunktion der Quellen, der Stand- und Fließgewässer einschließlich ihrer Uferzonen, der Altarme und der Moore sowie der Wälder mit ihrem standorttypischen Artenbestand, vor allem Bruchwälder der Niederung, Erlen-Eschenwälder an Fließgewässern, Weich- und Hartholzauenwälder, Eichen-Hainbuchenwälder, naturnahe Kiefernwälder und Kiefern-Traubeneichen-Wälder sowie der kulturgeprägten Biotope und Landschaftselemente wie Wiesen und Weiden der Auen und Niederungen, Trockenrasen, Feldgehölze, Weidengebüsche, Hutewälder mit Wacholder, Hecken, Kopfweiden, Alleen, Baumreihen und Einzelbäume,</p> <p>b. der weitgehend unzerschnittenen Landschaftsräume vor allem als Lebensraum störungsempfindlicher Tierarten großer Arealansprüche wie Seeadler, Fischadler und Kranich,</p> <p>c. der Grundwasserneubildung und des naturnahen Abflussgeschehens im Gebiet,</p> <p>d. der ökologischen Funktionsfähigkeit der Böden,</p> <p>e. des Regionalklimas in seiner Ausgleichsfunktion für den Ballungsraum Berlin,</p> <p>f. eines landschaftsübergreifenden Biotopverbundes der Gewässer mit ihren Uferbereichen,</p> <p>g. als Beitrag zum Schutz der im Gebiet liegenden Flächen des Schutzgebietssystems Natura 2000“</p>	<p><i>Nr. 1a-b:</i> <i>Ein anlagebedingter Verlust durch das Vorhaben ergibt sich äußerst geringfügig im Bereich der zu verschiebenden Masten 58n, 2En und 17E in einem Umfang von weniger als 0,03 ha. Betroffen sind hier Ackerflächen, Ruderalfluren sowie eine Feuchtweide von mittlerem Biotopwert. Die alten Maststandorte werden zurückgebaut.</i></p> <p><i>Baubedingt werden überwiegend Grünländer unterschiedlicher Ausprägung sowie Trockenrasen, aber untergeordnet auch Ackerbrachen, Ruderalfluren sowie Wald- und Gehölzstrukturen in einem Gesamtumfang von ca. 6,3 ha beansprucht. Auf einer Fläche von ca. 0,9 ha sind zudem baubedingt Gehölzrodungen bzw. -rückschnitte erforderlich, um die Trasse bzw. den Schutzbereich für das Provisorium freizuhalten.</i></p> <p><i>Das Grünland ist vorwiegend als Intensivgrasland anzusprechen. Teilweise ist es auch als Feuchtweide ausgeprägt, welches jedoch durch Gräben (naturferner Charakter) stark entwässert ist. Untergeordnet sind auch Grünlandbrachen trockener Standorte betroffen. Eine erhebliche Beeinträchtigung ist bezüglich der Grünländer und Trockenrasen nicht anzunehmen, da es sich um Biotoptypen mit einer kurzen Regenerationszeit handelt und die Bauarbeiten zudem außerhalb der Vegetationszeit erfolgen sollen (siehe auch Vermeidungsmaßnahmen in Unterlage 7.4, Landschaftspflegerischer Begleitplan). Als Vermeidungsmaßnahme ist eine vegetations- und bodenschonende Einrichtung der Baubetriebsflächen erforderlich (z. B. Baggermatten), in Bereichen angrenzend an sensible oder geschützte Biotope ist zudem die Errichtung von Biotopschutzzäunen vorzusehen, um mögliche Eingriffe oder Schäden durch das Baugeschehen zu verhindern. Eine dauerhafte Veränderung der Standortbedingungen durch Änderung der Grundwasserverhältnisse ist nicht zu erwarten (vgl. Ausführungen Nr. 1 c-d).</i></p> <p><i>Bei den betroffenen Wald(rand-)strukturen handelt es sich vorwiegend um naturferne, meist monokulturelle Kiefernwälder und Kiefernmischwälder, die intensiv forstwirtschaftlich genutzt werden. Äußerst geringfügig sind auch der Rand eines Erlenbestandes und Laubholzgebüsche betroffen. Als Ausgleich für den vorhabenbedingten Eingriff in die Biotop- und Habitatfunktion, insbesondere der naturfernen Kiefern(misch-)wälder sind entsprechende Maßnahmen (v. a. Gehölzpflanzungen) vorzusehen. Durch die</i></p>



Kompensation können die Funktionen des Natur- und Landschaftshaushalts verbessert werden, was dem in § 3 Nr. 1a der Verordnung aufgeführten Schutzzweck der Wiederherstellung sowie den in § 6 Nr. 1 festgesetzten Maßnahmen für die Pflege, Entwicklung und Wiederherstellung des LSG entspricht. Da die Biotope kurzfristig wiederhergestellt oder durch die Entwicklung mindestens gleichwertiger bzw. höherwertiger Lebensräume ausgeglichen werden, entstehen keine dauerhaften und relevanten Beeinträchtigungen der Lebensraumfunktion im Schutzgebiet.

Da es sich lediglich um die Ertüchtigung einer bestehenden Freileitung handelt, ist darüber hinaus nicht von einer (weiteren) Zerschneidung eines unzerschnittenen Landschaftsraums auszugehen. Die Zerschneidungswirkung der Leitungstrasse verändert sich auch durch die zu verschiebenden Masten 58n und 17E nicht.

Innerhalb des Baufeldes befinden sich Strukturen, die Brutvögeln, u. a. Fischadler, als Niststandorte dienen, darunter auch die vorhandenen Leistungsmasten. Artenschutzrechtliche Verbotstatbestände für die Avifauna gemäß § 44 BNatSchG treten jedoch nicht ein. Die auf den Leistungsmasten vorhandenen Brutplätze bzw. Nisthilfen (Fischadler, Turmfalken) werden auf den errichteten Neubaumasten wieder aufgebracht bzw. werden weitere Ersatzhorste im Umfeld der Leitung neu errichtet. Der Mastneubau muss zudem außerhalb der Brutzeit erfolgen (für den Fischadler zwischen 01.04. und 31.08.) und wird durch eine umweltfachliche Baubegleitung überwacht.

Nr. 1c:

Entsprechend der Ergebnisse der Baugrunduntersuchung liegt an den Maststandorten 5E, 8E, 11E-13E und 17E ein hoher Grundwasserstand vor, sodass dort mit bauzeitlichen Wasserhaltungen bzw. Grundwasserabsenkungen zu rechnen ist. Von einer grundsätzlichen Veränderung der Grundwasserströme ist jedoch nicht auszugehen, nur lokal kann es zu einer temporären Veränderung der oberflächennahen Grundwasserströme kommen. Durch die äußerst geringfügige Netto-Neuversiegelung von ca. 277 m² ist zudem nicht mit einer messbaren Verringerung der Grundwasserneubildung verbunden, zumal die Fundamente der Maststandorte in Richtung der Freiflächen entwässern. Eine Beeinträchtigung / Veränderung der Grundwasserneubildung und des naturnahen Abflussgeschehens ist nicht zu erwarten.

Nr. 1d:



Mit dem Vorhaben ist nur eine geringfügige Netto-Neuversiegelung von ca. 277 m² verbunden. Betroffen ist ein bereits überprägter Boden im Bereich landwirtschaftlich genutzter Flächen bzw. auf einer Ruderalfläche im Siedlungsbereich.

Zudem werden 4,35 ha für geplante Zuwegungen / Baustraßen sowie ca. 3,62 ha für Bau-/Montageflächen (temporäre Teilversiegelung) bauzeitlich beansprucht. Bei den Zuwegungen handelt es sich im Wesentlichen um bereits vorhandene Wege, zudem ist kein schwerer Wegebau vorgesehen. Im Anschluss an das Bauvorhaben werden sämtliche bauzeitlich genutzte Fläche in die ursprüngliche Nutzung zurückgeführt. Dies gilt auch für den Bereich des offenen Kabelgrabens für die Teilverkabelung zwischen Mast 58n und 2En. Während der Bauzeit sind Bodenschutzmaßnahmen vorgesehen (Auslegen der zu befahrenden Bereiche mit bodendruckmindernden Baustraßenplatten), um die Beeinträchtigungen der Bodenfunktion zu minimieren.

Angesichts des Verhältnisses zur Fläche des gesamten Landschaftsschutzgebietes von 24.023 ha und unter Berücksichtigung der Bodenschutz- und Wiederherstellungsmaßnahmen ist der Eingriff in den Boden als unerheblich einzustufen. Die ökologischen Funktionen des Bodens werden nicht erheblich beeinträchtigt / verändert bzw. dauerhaft aufrechterhalten.

Nr. 1e:

Da es sich lediglich um die Ertüchtigung einer bestehenden Freileitung handelt, beschränken sich die Auswirkungen auf das Klima auf die notwendigen Gehölzfällungen bzw. -rückschnitte. Das Ausmaß ist jedoch sehr geringfügig und erfolgt in allen Fällen randlich in den Waldbeständen. Zudem erfüllen diese Gehölze keine besonderen klimatischen Funktionen (siehe Waldfunktionenkartierung). Grundsätzlich kann es durch die Gehölzbeseitigung zu Änderungen des Lokalklimas (Luftbewegungen, Schattenwurf) kommen; diese sind jedoch so geringfügig, dass eine Beeinträchtigung / Veränderung des Regionalklimas und der klimatischen Funktionen für den Ballungsraum Berlin ausgeschlossen ist.

Nr. 1f-g:

Gewässer und ihre Uferbereiche werden durch das Vorhaben nicht direkt beansprucht. Sie werden allenfalls wie im Ausgangszustand schleiffrei überspannt. Auch die Spree als Fließgewässer I. Ordnung wird nicht direkt



§ 3 Nr. 2a-c: „[...] die Erhaltung der Vielfalt, Eigenart oder Schönheit der eiszeitlich geprägten Landschaft als Ausschnitt des Berlin-Fürstenwalder Urstromtals mit seinen weitläufigen Talsand- und Sanderflächen, den darin eingelagerten Seen, Fließgewässern und Mooren, den abschnittsweise aufgesetzten offenen und bewaldeten Binnendünenfeldern sowie den das Urstromtal begrenzenden reliefstarken Hügeln der Stauch- und Endmoränen mit zum Teil ausgeprägten Hangkanten, insbesondere

a. der reich strukturierten, von extensiv genutzten Grünlandflächen und dem naturnahen Lauf der Spree geprägten Kulturlandschaft der Müggelspreeniederung mit eingelagerten Röhricht-, Ried- und Hochstaudenbeständen, Auengewässern, Bruch- und Auenwaldbereichen, Baumgruppen und Kleingehölzen sowie den die Aue rahmenden Eichenmischwäldern auf den Kanten der Talsandterrassen,

b. des Löcknitztales mit dem naturnahen Lauf der Löcknitz, ausgedehnten Erlenwäldern, Röhricht- und Riedbeständen sowie eingelagerten blütenreichen Feuchtwiesen und deren Brachen,

c. der naturnahen Ufer der Seenkette zwischen Hoppegarten und Grünheide und der Seen am westlichen Rand des Schutzgebietes“

§ 3 Nr. 3: „[...] die Erhaltung und Entwicklung des Gebietes wegen dessen besonderer Bedeutung für die landschaftsbezogene Erholung im Einzugsbereich von Berlin“

durch das Vorhaben berührt. Die Biotopverbundfunktion wird nicht eingeschränkt.

Die vorhandene Freileitung quert das FFH-Gebiet DE 3661-303 „Müggelspreeniederung“ auf einer Länge von ca. 560 m und tangiert in einer Entfernung von ca. 50 m das FFH-Gebiet DE 3648-302 „Triebsee“. Erhebliche (Neu-)Beeinträchtigungen sind nach den Ergebnissen der entsprechenden FFH-Verträglichkeitsprüfungen nicht zu erwarten.

Nr. 2a:

Da es sich bei dem geplanten Vorhaben um eine Ertüchtigung handelt, sind die betroffenen Landschaftsbildräume bereits durch die bestehende 110-kV-Freileitung mit Masthöhen zwischen 18,00 m und 27,50 m vorbelastet. Die künftigen Masthöhen betragen nach den Erfordernissen des jeweiligen Standortes zwischen 22,85 m und 28,14 m. Für die Kabelendmasten wird eine Masthöhe von ca. 26 m angenommen. Bei Mast 8E findet zudem eine Reduzierung um 2,65 m statt. Hinsichtlich des Landschaftsbildes ist darüber hinaus auch der vorgesehene Rückbau der Masten 58, 1E, 2E sowie 12E bis 16E zu berücksichtigen und zu bewerten, wodurch bestehende Sichtbeschränkungen und Überspannungen, insbesondere im Nahbereich der Ortslage von Steinfurt und Hartmannsdorf sowie in der Spreeniederung, entfallen werden und eine Aufwertung des Landschaftsbildes erfolgt. Dementsprechend ist davon auszugehen, dass die Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft am Vorhabenstandort verbessert wird. Die in der Schutzgebietsverordnung beschriebenen Landschaftselemente werden nicht dauerhaft beeinträchtigt.

Nr. 2b-c: die genannten Gebiete innerhalb des LSG werden durch das Vorhaben nicht berührt bzw. liegen in großer Entfernung

Das gesamte Landschaftsbild ist geprägt durch die Flussniederung der Spree, die umgeben ist von Kiefernwäldern. Die Spreeaue ist eine weithin ebene Offenlandschaft, die in den nördlichen Vorhabenbereich hineinragt. Hier ist die Spreeniederung durch ausgedehnte Weideflächen ohne ausgebauten Tourismusstruktur für die Erholungsnutzung eher unattraktiv. Es gibt kaum Brücken über die Spree und nur sehr wenige Wege, die bis an das Ufer führen. Weitere Landschaftsbildelemente wie Wälder oder Einzelbäume sind in den Grünlandbereichen selten. Sehr prägnant ist die Kante zu den höher gelegenen bewaldeten Talsandterrassen. Diese Bereiche liegen ca. 5 bis 10 m über der Niederung. Technisch überformt wird die



Schutzzwecke nach § 3 der Verordnung zum LSG

Prüfung der Betroffenheit durch das geplante Vorhaben und
Bewertung der Auswirkungen

Landschaft durch die bestehende Freileitungstrasse. Eine besondere Bedeutung für die landschaftsbezogene Erholung ist demnach nicht vorhanden bzw. abzuleiten.

Da es sich lediglich um die Ertüchtigung einer bestehenden Freileitung handelt, sind keine dauerhaften (neuen) Beeinträchtigungen der landschaftsgebundenen Erholung gegeben. Ggf. auftretende visuelle und akustische Beeinträchtigungen während der Bauarbeiten sind geringfügig und lokal begrenzt und führen unter Berücksichtigung des Erholungswertes zu keinen nennenswerten Einschränkungen.

§ 3 Nr. 4: „[...] die Rekultivierung ehemaliger Rohstoffabbaugebiete unter Erhalt vielseitiger Reliefstrukturen im Sinne der Nummern 1 bis 3.“

Durch das Vorhaben sind keine ehemaligen Rohstoffabbaugebiete einschließlich möglicher Rekultivierungsflächen betroffen.



Im Ergebnis wird festgestellt, dass das geplante Vorhaben den Schutzzwecken gemäß § 3 der LSG-Verordnung nicht zuwiderläuft.

4 Konflikte mit den Verboten und/oder Genehmigungsvorbehalten der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Müggelspree-Löcknitzer Wald- und Seengebiet“

Verbote

Gemäß § 4 Abs. 1 stellt das Vorhaben und seine damit verbundenen Wirkungen unter Berücksichtigung der Wiederherstellung bauzeitbedingt in Anspruch genommener Lebensräume keines der aufgeführten Verbote dar.

Mit dem Vorhaben ist kein Abbau von Bodenbestandteilen verbunden, zudem sind die in § 4 Nr. 2-3 sowie Nr. 5 genannten Biotoptypen und ihre Ausprägungen am Vorhabenstandort mit Ausnahme der Trockenrasen und Feuchtweiden nicht betroffen (naturferne, oft monostrukturierte Kiefernwald- und Mischbestände, Ruderalfluren, Intensivgrasland sowie Brachen). Einzelgehölze außerhalb von Waldbeständen sind nicht betroffen. Die beanspruchten Trockenrasen und Feuchtweiden werden kurzfristig in den Ursprungszustand wiederhergestellt.

Genehmigungsvorbehalte

Die Ertüchtigung der 110-kV-Leitung Abzweig Erkner zwischen Mast 58n bis Mast 11E/17E und der damit verbundene Eingriff bedarf voraussichtlich einer Genehmigung, da

- § 4 Abs. 2 Nr. 1 „bauliche Anlagen, die einer öffentlich-rechtlichen Zulassung oder Anzeige bedürfen [...]“, und
- § 4 Abs. 2 Nr. 2 „die Bodengestalt zu verändern, die Böden zu verfestigen, zu versiegeln oder zu verunreinigen“

betroffen sind.

5 Voraussetzungen für eine Genehmigung

Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die beabsichtigte Handlung den Charakter des Gebietes nicht verändert, den Naturhaushalt nicht schädigt oder dem Schutzzweck nicht oder nur unerheblich zuwiderläuft. Die Genehmigung kann mit Nebenbestimmungen versehen werden.

In Kap. 3 wurde dargelegt, dass die gemäß § 3 der LSG-Verordnung festgesetzten Schutzzwecke durch das Vorhaben zwar berührt werden können, aber das hierbei grundsätzlich keine erheblichen Betroffenheiten eintreten, die den Schutzzwecken zuwiderlaufen.

Mit dem Vorhaben sind ebenfalls keine Eingriffe verbunden, die den Naturhaushalt und seine einzelnen Schutzgüter (nachhaltig) schädigen können. Es wurde dargelegt, dass für den Verlust der Boden-, Biotop- und Habitatfunktion entsprechende Vermeidungsmaßnahmen sowie Ausgleichsmaßnahmen (Gehölzpflanzungen, Ersatzhorste) erfolgen werden, wodurch durch das Vorhaben keine verbleibenden Defizite verursacht.

Die Ertüchtigung findet im Bereich der bereits bestehenden Leitungstrasse statt. Mit dem Vorhaben ist vorrangig eine baubedingte Inanspruchnahme in einem Gesamtumfang von ca. 7,2 ha verbunden. Die bauzeitlich in Anspruch genommenen Biotope werden in den Ursprungszustand



wiederhergestellt. Eine dauerhafte Beanspruchung findet nur äußerst geringfügig durch die Verschiebung der Maststandorte 58n, 2En und 17E in einem Umfang von weniger 0,03 ha statt. Demgegenüber steht die Gesamtfläche des Landschaftsschutzgebietes mit 24.023 ha. Der dauerhafte Eingriff in das Schutzgebiet ist damit als nicht erheblich einzustufen. Zudem werden die alten Maststandorte vollständig zurückgebaut und es können mehrere Masten ersatzlos entfallen. Die in der Schutzgebietsverordnung beschriebenen Landschaftselemente, die maßgeblich die Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft für dieses LSG prägen, werden durch das Vorhaben nicht beansprucht. Die gegenüber der bestehenden Freileitung leicht erhöhten Masthöhen werden das Landschaftsbild nicht in relevantem Maße ändern. Durch den ersatzlosen Rückbau von Masten werden Sichtbeschränkungen und Überspannungen entfallen, sodass diesbezüglich eine Aufwertung des Landschaftsbildes erfolgt. Insgesamt kann somit auch keine Veränderung des Gebietscharakters durch das Vorhaben festgestellt werden.

Die Genehmigung für Handlungen, die den Charakter des Gebietes nicht erheblich verändern und dem besonderen Schutzzweck nur unerheblich zuwiderlaufen, wird hiermit für das Bauvorhaben „Ertüchtigung der 110-kV-Leitung Abzweig Erkner (HT2026) – Mast 58n bis Mast 11E/17E“ beantragt.

